

Thomas Sirges
Birgit Mühlhaus
(Hrsg.)

Willy Brandt

Ein deutsch-norwegisches
Politikerleben im 20. Jahrhundert

Et tysk-norsk politikerliv
i det 20. århundre

A 01 - 05325



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Sirges, Thomas / Mühlhaus Birgit :

Willy Brandt : ein deutsch-norwegisches Politikerleben im 20.
Jahrhundert : Et tysk-norsk politikerliv i det 20. århundre /
Thomas Sirges / Birgit Mühlhaus. - Frankfurt am Main ; Berlin ;
Bern ; Bruxelles ; New York ; Oxford ; Wien : Lang, 2002
(Osloer Beiträge zur Germanistik ; Bd. 30)
ISBN 3-631-37984-6

Gedruckt auf alterungsbeständigem,
säurefreiem Papier.

ISSN 0801-0781

ISBN 3-631-37984-6

© Peter Lang GmbH

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 2002

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages
unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für
Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die
Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany 1 2 4 5 6 7

www.peterlang.de

Inhalt

Vorwort	11
---------------	----

Vortrag im Goethe-Institut Oslo am Freitag, 12. Mai 2000

Thomas Sirges

Willy Brandt – Skizze seiner politischen Biographie	15
---	----

Seminar Ein politisches Leben im 20. Jahrhundert – Willy Brandt am Freitag, 26. Mai 2000, im Norwegischen Nobelinstitut in Oslo

Thorbjørn Jagland

Willy Brandt, die norwegische Arbeiterpartei und die Außenpolitik Norwegens.....	49
---	----

Einhart Lorenz

Willy Brandt und Norwegen 1933 bis 1947	67
---	----

Siegfried Heimann

Willy Brandt und Berlin	85
-------------------------------	----

Heinrich Potthoff

Vom Mauerbau zum Mauerfall. Willy Brandts Ost- und Deutschlandpolitik	113
--	-----

Friedensnobelpreis

Thomas Sirges/Robin M. Allers

20. Oktober 1971 – Friedensnobelpreis für Willy Brandt.

Deutsche und norwegische Reaktionen auf ein Politikum 135

Reden anlässlich der Eröffnung der Willy-Brandt-Ausstellung und der Vergabe des Deutsch-Norwegischen Willy-Brandt-Preises am Mittwoch, 24. Mai 2000, im Osloer Rathaus

Bundeskanzler Gerhard Schröder (Deutschland) 193

Ministerpräsident Jens Stoltenberg (Norwegen) 201

Autoren und Herausgeber 209

Bildnachweis 213

Vom Mauerbau zum Mauerfall. Willy Brandts Ost- und Deutschlandpolitik

1.

Willy Brandt gehört zu den großen politischen Gestalten, die Geschichte schrieben und unsere moderne Welt maßgeblich mit gestalteten. Mit der Verleihung des Friedensnobelpreises im Herbst 1971 ehrte das Komitee nicht nur einen aktiven Politiker für seine Ost-, Friedens- und Entspannungspolitik. Dies war auch ein Symbol für die Anerkennung eines neuen, demokratischen, friedfertigen Deutschlands, zu dem er einen entscheidenden Beitrag leistete. Willy Brandt war ein Politiker mit Charisma, Mut, Visionen und Gespür, ein entschlossener Kämpfer für Freiheit und Demokratie, Patriot, demokratischer Sozialist und Europäer, der Menschen und Mächte in seinen Bann zog und Zeichen setzte, eine der herausragenden Politikerpersönlichkeiten der Nachkriegszeit.

Im politischen Leben Brandts spiegeln sich zugleich die zentralen Fragen und Herausforderungen des zu Ende gegangenen Jahrhunderts. Mit ihnen wurde er konfrontiert und durch sie maßgeblich sozialisiert, politisiert und gefordert. Er wurde gezeichnet von einer Zeit, die mit ihren Umbrüchen, Konflikten und Hoffnungen seinem politischen Weg den Stempel aufdrückte. Vor dieser Folie, gleichsam dem Rahmen, sollten wir so auch das Denken und Handeln des Politikers Willy Brandt sehen, der seiner Zeit wieder Wegweisung gab.

Das 20. Jahrhundert wurde geprägt vom Gegensatz totalitär-diktatorischer Systeme und demokratischer Verfassungsstaaten. Nationalsozialismus-Faschismus und Sowjetkommunismus bildeten die Antithese zu einer freiheitlich-zivilen Gesellschaft. Die mörderische NS-Diktatur wurde unter großen Opfern militärisch niedergeworfen, und in der Konsequenz des von NS-Deutschland entfesselten Krieges dehnte Moskau sein kommunistisches Machtimperium bis in die Mitte Europas aus.

Nach der Fixierung des Status quo im gespaltenen Europa durch Mauer und Stacheldraht schien Deutschland auf unübersehbare Dauer geteilt, die Blöcke verfestigt und die bipolare Welt zementiert.

Nur ein Jahrzehnt ist seit dem Umbruch und den – sieht man von Rumänien ab – friedlichen Revolutionen in der DDR, den mittelost- und den osteuropäischen Staaten vergangen. Das Sowjetimperium ist zerfallen, das alte Blocksystem passé. Die fundamentalen Veränderungen, die sich mit diesem Wandel in Deutschland, Europa und der Welt vollzogen, erscheinen vielen schon wie etwas Fernliegendes.

Das Bewußtsein eines Epochenwandels, der tatsächlich einer war, ist schon ge-
trübt, die Erinnerung daran verblaßt.

Nur wenn wir uns vergegenwärtigen, wie stark der Konflikt zwischen dem so-
wjetisch beherrschten kommunistischen Block und dem westeuropäisch-nordame-
rikanischen Lager alles überschattete, können wir ermessen, welche Last und wel-
cher Druck von uns genommen wurde. Kalter Krieg und Détente, beides stand im
Schatten der Atombombe und der sich seit den 60er Jahren abzeichnenden beider-
seitigen Fähigkeit zur gegenseitigen Auslöschung. Der System-, Macht- und Inter-
essenkonflikt im Zeichen der atomaren Abschreckung und Bedrohung wirkte wie
ein Spinnennetz, das sich über fast alles legte. Jeder, der politische Verantwortung
trug, mußte sich dessen stets bewußt sein. Und gerade bei Willy Brandt wog dies
besonders schwer – bedingt durch die Berliner Erfahrungen an der Schnittstelle
des Ost-West-Konfliktes, sein Verantwortungsbewußtsein für die Menschen, sein
Denken und Handeln als deutscher Patriot und Europäer. Aus seinem entschiedenen
Eintreten gegen beide diktatorisch-totalitären Systeme erwuchs Glaubwürdig-
keit, die ihn befähigte, Brücken zu Staaten und Staatslenkern, zu Völkern und
Menschen in Ost und West zu bauen.

2.

Zwischen dem überwölbenden globalen Konflikt der beiden von den Supermäch-
ten geführten Blöcke und der Lage des geteilten Deutschlands wie der besonderen
nationalen und humanitären Anliegen der Deutschen bestand eine Wechselwir-
kung. An der Nahtstelle des Ost-West-Konfliktes glich dies einem extrem schwie-
rigen und oft schmerzlichen Balanceakt. Es ging dabei nicht nur um das gespaltene
Deutschland, sondern auch um den geteilten Kontinent Europa und die Belange
der europäischen Nachbarn.

Gerade die kritische deutsche Frage und die Insellage Berlins, aber darüber hin-
aus auch die deutsche Vergangenheit bedingten die Verankerung der Bonner
Deutschland- und Ostpolitik in ein westliches Konsens-, Vertrags- und Sicher-
heitssystem, aber tendenziell eben auch das Interesse an einer Auflockerung der
Fronten zwischen den beiden Blöcken. In einem durch die Großwetterlage be-
grenzten Raum beeinflussten die Bundesrepublik und die DDR ihrerseits wieder
das west-östliche Klima. Als Vorposten des sowjetischen Machtimperiums und
ohne eine wirklich eigene nationale Identität war die DDR noch weit mehr als die
Bundesrepublik äußeren Zwängen unterworfen. Doch auch das westliche
Deutschland entfaltete Wirkung nur als verlässlicher Spieler in einem Orchester.

Die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik begann natürlich nicht erst
mit der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt. Im weitesten Sinne ging es
darum, wie die Deutschen und Deutschland nach der Niederringung der NS-Herr-
schaft wieder Politik machen und ein politisches Subjekt werden konnten. Im Zuge

des Kalten Krieges wurde Deutschland geteilt, und in dieser Grenzzone des Kon-
fliktes erhielt diese Konfrontation ihre härtesten Züge und Zuspitzungen.

Bei der "Suche nach neuen Wegen" spielte die Bundesrepublik nicht den Vor-
reiter, sondern sie reagierte verspätet und zögerlich auf einschneidende Verände-
rungen im Verhältnis der beiden Supermächte, die sich seit Ende der 50er Jahre
abzeichneten. Mit dem Sputnikschock (1957), den sowjetischen Interkontinental-
raketen und Wasserstoffbomben und der Erlangung der Zweitschlagfähigkeit bil-
dete sich allmählich das sog. Gleichgewicht des Schreckens heraus. Das atomare
Patt und die Gefahr eines atomaren, sich gegenseitig auslöschenden Krieges waren
die tieferen Gründe für den Übergang von der Ära des Kalten Krieges zur Periode
der Entspannung (als Stichwort nur: 1959 "Geist von Camp David"). Gerade Pha-
sen erneuter Konfrontation (U 2-Zwischenfall 1960, Berlin-Krise mit dem Höhe-
punkt 1961, Kubakrise 1962) verstärkten den Drang nach Krisenmanagement, Rü-
stungskontrolle und Détente (Entspannung) auf der Basis der Fixierung des Status
quo.

Die Bundesrepublik geriet damit unter einen Anpassungsdruck. Unter der Ade-
nauer-Regierung wurde sie zum Hemmschuh des dominierenden globalen Trends
und drohte, mit ihrer Politik als Störenfried ins Abseits zu geraten. Henry Kissin-
ger hat dies treffend und scharfsinnig analysiert. Erst mit und durch Willy Brandt
gelang es, die Interessen des geteilten Landes und seiner Menschen im weltweiten
Entspannungsprozeß stärker zur Geltung zu bringen.

3.

Der Mauerbau von 1961 markiert die eigentliche Wende. Danach überwogen an-
dere Paradigmen und andere Parameter. Es wurde vor aller Welt sichtbar, daß die
Supermächte 1. sich in Europa auf eine säuberliche Scheidung ihrer Block- und
Interessenssphären eingestellt hatten, 2. sich von den querelles allemandes nicht
mehr stören lassen wollten und 3. im Kern den Kurs auf Entspannungspolitik
stellten, wobei Kuba nur kurzfristig eine Störung bedingte, langfristig den Trend
aber noch verstärkte.

Die Deutschen auf beiden Seiten von Mauer und Stacheldraht hatten jetzt harte
Realitäten zu lernen: die im Osten, daß sie scheinbar für immer abgeschnitten und
kommunistischer Herrschaft unterworfen waren, und die im Westen, daß die
Westalliierten nur für Westberlin einstanden, die Mauer akzeptierten und keinen
Konflikt oder einen Vorwand zum Konflikt um Berlin zulassen würden. Hautnah
vor Ort in Berlin begriffen Politiker und Bürger, daß hehre Bekenntnisse und ver-
bale Proteste nichts halfen. Willy Brandt als Regierender Bürgermeister und seine
Crew von Beratern erkannten, daß sie – die Deutschen – sich, wenn auch noch so
unzulänglich, selber helfen mußten, um die Mauer wieder durchlässiger zu ma-
chen. Kleine Schritte sind besser als große Worte, war das Schlüsselwort – und
zwar im Interesse der Menschen wie der Bewahrung eines nationalen Zusammen-

gehörigkeitsgefühls. Das Passierscheinabkommen war die erste praktische Konsequenz. Um Erleichterungen für die Menschen zu erwirken, mußten Deutsche aus dem Westen, in diesem Fall vom Berliner Senat unter Willy Brandt, mit Vertretern des ungeliebten Regimes aus dem Osten verhandeln. Das ging nicht ganz ohne Mißtrauen bei etlichen in Bonn wie auch bei den alliierten Mächten.

4.

Die unter Willy Brandt zunächst in Berlin entwickelte neue Politik nach Osten lehnte sich eng an John F. Kennedys Strategie für den Frieden an. Sie basierte auf der Einsicht, daß im Zeichen atomarer Vernichtung Krieg und gewaltsame Veränderungen des Status quo sinnlos seien und letztlich nur über eine Entspannung konstruktive Änderungen möglich würden. Brandt wie Bahr und andere Mitstreiter entwickelten daraus ihre neue Ost- und Deutschlandpolitik. Bekannt wurde sie unter der von Bahr geprägten Formel des "Wandels durch Annäherung", die so verkürzt nicht frei von Mißverständnissen war. Sie setzte darauf, daß trotz Warschauer Pakt, 20 sowjetischen Divisionen und dem kommunistischen Regime in der DDR Wandel zu bewirken sei. Es handelte sich um eine dialektisch angelegte Politik: Sie baute auf den Status quo und die Realitäten, um sie zu verändern, und sie akzeptierte die beschränkte Souveränität und die begrenzten Handlungsmöglichkeiten, um sie auszuweiten und letztlich zu überwinden.

5.

"Ostpolitik" ist als eines der wenigen deutschen Wörter in die englische Sprache eingegangen. Wer von ihr spricht, denkt an Willy Brandt und seine Kanzlerschaft in der sozial-liberalen Koalition. Sie war eine historische Leistung und doch kein einmaliger Akt. Das Ganze entfaltete sich eher in einem mehrschichtigen tastenden und testenden Prozeß im Dreiklang von Einsichten und Gestaltungsmöglichkeiten der Akteure, der Veränderung des gesellschaftlichen Zeitgeistes und der Wandlungen des internationalen Klimas.

Willy Brandt, der 1961 als ein zum deutschen Kennedy stilisierter Sympathiearbeiter für die SPD angetreten war und 1965 erneut als Kanzlerkandidat unterlag, reifte in dieser Zeit. Das Jahr 1965 empfand er selbst als eine heilsame Zäsur. Seitdem, notierte er, ging es bei den Entscheidungen nicht mehr darum, "ob man etwas wird, sondern ob man etwas will";¹ es ging ihm darum, eine Politik zu gestalten, wie er sie verantworten konnte. Als Außenminister in der Großen Koalition (1966–1969) sah Willy Brandt die Chance, wie er es formulierte, "etwas tun zu können, etwas Gescheites tun zu können".² Er profitierte dabei von seinen interna-

tionalen Erfahrungen, seinen Sprachkenntnissen, der Gabe zu kommunizieren und dem Gespür für historische Abläufe. Schon in dieser Zeit fand der veränderte deutschlandpolitische Ansatz allmählich Eingang in die Bonner Politik. Allerdings blieb es – bedingt durch Selbstblockaden in Bonn – bei Halbheiten. Ungleich wichtiger aber war, Moskau zögerte noch. Es schwenkte erst ein, als der Konflikt mit China ihm eine Entlastung im westlichen Vorfeld geraten erscheinen ließ und es mit der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 sein Machtimperium "konsolidiert" hatte.

Es veränderten sich in dieser Zeit aber nicht nur die außenpolitischen Rahmenbedingungen, sondern ganz entscheidend auch das gesellschaftlich-politische Klima. In diesen Jahren der Unruhe und des Aufbruchs (Stichwort 68er Bewegung) gewann Brandt innenpolitisch an Profil, Ansehen und Statur. Mit seiner Offenheit und Nachdenklichkeit, seiner untadeligen antifaschistischen Vergangenheit und einer auch privat dokumentierten Liberalität beeindruckte er vor allem junge Menschen, kritische Intellektuelle, entschiedene Demokraten, Linksliberale und Neuerer. Partizipation, Demokratisierung, Selbstbestimmung und mehr Liberalität wurden zu den Slogans der Zeit und die Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn kam auf die Agenda. Dieser Wandel des Zeitgeistes beförderte den Drang zu einem politischen Wechsel, und Willy Brandt mit seinem wachen Gespür für Strömungen der Zeit griff ihn auf. Beides, der gesellschaftliche Wandel und der von Brandt symbolisierte und artikulierte neue politische Stil, bedingte einander. Mit der eingängigen Formel "Mehr Demokratie wagen" brachte Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung als Kanzler 1969 diesen Geist auf den Punkt.³ Er markierte einen Aufbruch zu sozialen Reformen, Partizipation und Selbstbestimmung, getragen von großen Erwartungen und einem Geist der Veränderungen.

6.

Die Bildung der sozial-liberalen Koalition war ein Markstein in der Geschichte der Bundesrepublik und der deutschen Nachkriegspolitik. Mit zupackender Energie hat sie Brandt noch in der Wahlnacht geschmiedet. Willy Brandt sah sich selbst, wie er es im Moment dieses Erfolges formulierte, nicht als Kanzler "eines besiegten, sondern eines befreiten Deutschlands", und: "Nun hat Hitler wirklich den Krieg verloren".⁴ Dies signalisierte nicht nur ein anderes Verständnis jüngster deutscher Geschichte, die erst mit Richard von Weizsäckers großer Rede vom 8. Mai 1985 wirklich ins öffentliche Bewußtsein drang, sondern auch das Selbstbewußtsein eines "anderen Deutschlands", das gegen den Nationalsozialismus ge-

³ Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte. Bd. 71, S. 21.

⁴ Diese Bemerkung machte er bei einem Treffen mit ausländischen Journalisten. Siehe Willy Brandt: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975. Hamburg 1976, S. 296, und ders.: Anatomie einer Veränderung. Düsseldorf 1970, S. 91.

¹ Carola Stern: Willy Brandt, Reinbek 1975, S. 75.

² Ebd., S. 74.

kämpft hatte. Mit diesem moralischen Kredit konnte er deutsche Interessen ganz anders und eigenständiger vertreten als die Vorgängerregierungen.

Die große historische Leistung der Regierung Willy Brandts war die Deutschland- und Ostpolitik, mit der die Bundesrepublik die Konsequenzen aus dem von Hitler-Deutschland entfesselten Weltkrieg zog. Der Moskauer und der Warschauer Vertrag (beide 1970), das Vier-Mächte-Abkommen (1971) und schließlich der Grundlagenvertrag mit der DDR (1972) mögen als Stichworte genügen. Die Regierung Willy Brandts leistete damit einen eigenständigen, wichtigen Beitrag zur Entspannung zwischen Ost und West, zum Abbau von Feindbildern, zur allmählichen Aussöhnung mit den Nachbarn im Osten und zur Schaffung eines Klimas des Vertrauens, das Wandlungen ermöglichte und für die Zukunft die Chance zu einem neuen europäischen Haus eröffnete.

Ohne Willy Brandts persönlichen Einsatz, ohne seine Gabe, weiter zu denken und Wege zu weisen, ohne sein Ansehen und seine moralische Autorität, ohne sein Gespür für das Notwendige und Machbare hätte es diese Ostpolitik kaum gegeben. Sie erforderte Mut, Führungskraft und Durchsetzungsvermögen. Er hielt seine schützende Hand über die Vordenker und brachte die neue Ostpolitik schließlich selbstbewußt auf den Weg.

Aus Überzeugung und politischem Kalkül sorgte Brandt dafür, daß die Ostpolitik eingebettet war in die Westpolitik. Die feste Verankerung im westlichen Werte-, Vertrags- und Bündnissystem war für ihn als Atlantiker, Europäer und Realpolitiker die *conditio sine qua non* für die neue Ost- und Deutschlandpolitik. Durch den Ausgleich mit den östlichen Nachbarn im Kontext der dominanten Entspannungstendenzen hat die Bundesrepublik ihre internationale Handlungsfähigkeit gestärkt und an Ansehen, Gewicht und Glaubwürdigkeit gewonnen.

Der berühmte Kniefall in Warschau von Dezember 1970 vor dem Mahnmahl für die Opfer des Warschauer Ghettoaufstandes und der Friedensnobelpreis von 1971 symbolisierten auf jeweils eigene, wirkungsmächtige Art das, wofür Willy Brandt und das von ihm repräsentierte neue Deutschland standen. Eindrucksvoller als alle Worte drückte der Kniefall eine Botschaft aus: die Akzeptanz von Schuld (durch einen, der selbst nicht schuldig war). Das Foto ging um die Welt, und zusammen mit anderen bildhaften Gesten und Eindrücken – wie etwa die Szene 1970 in Erfurt beim ersten innerdeutschen Gipfeltreffen und die Verleihung des Friedensnobelpreises – prägte es das Bild von Brandt als eines moralisch glaubwürdigen, sensiblen, nachdenklichen Politikers.

Brandts Wirkung ist nicht zu denken ohne das Fernsehen und die Medien. Darin war er ein Meister seines Fachs, ein Mann der Moderne. Über den Bildschirm kam er dem Zuschauer nahe. Sprache und Gestik vermittelten das Gefühl des Ringens um den richtigen Weg, eine Art Sinnbild für eine demokratische Bürgerkultur und des ernsthaften Willens zur Verständigung mit den östlichen Nachbarn. Doch diese bildhaften Inszenierungen – im aufziehenden Zeitalter der Mediendemokratie nicht nur legitim, sondern auch notwendig – standen bei Brandt

noch im Zeichen einer politischen Botschaft, während sie heute in der politischen Landschaft oft zum Selbstzweck geraten.

7.

Von seinen Anhängern geliebt und gefeiert, in der internationalen Staatenwelt respektiert, als Friedenskanzler inthronisiert und nach einem glorreichen Wahlsieg 1972 im Amt des Kanzlers bestätigt, stand Brandt im Zenit der politischen Macht. Mit der Verknüpfung von Politik und Moral konnte er begeistern und Menschen in seinen Bann ziehen, aber, was heute oft vergessen wird, auch polarisieren. Der Kniefall in Warschau stieß bei der Mehrheit der Westdeutschen auf Vorbehalte, die Ostpolitik wurde von der Opposition, die noch 1975 selbst Helsinki ablehnte, zum Teil heftig attackiert. Mit einem Mißtrauensvotum suchte die CDU/CSU ihn im April 1972 zu stürzen. Die aufgeheizte Stimmung dieser Tage zog sich durch die ganze Wahlkampagne, in der das Brandt-Lager ihn als "moralischen Politiker", Symbol für ein besseres Deutschland, und großen, international geachteten, mit dem Friedensnobelpreis gewürdigten Staatsmann präsentierte. Damals wurden die Pflöcke eingerammt, die das Brandt-Bild langfristig prägten, und so entrückt trat er selbst fast wie ein messianischer politischer Prediger auf. Auf einen Sockel gehoben, fast wie ein sakrosankter Supermann, wurden die harten Realitäten, vornehmlich in der Innenpolitik, überdeckt, um dann um so stärker aufzubrechen.

Als Kanzler war Willy Brandt sichtlich angeschlagen, Tatkraft und Stehvermögen wurden angezweifelt, die Deutschlandpolitik geriet in die Krise, als die DDR nach Abschluß der Verträge die Ampeln auf Rot stellte, die Triebkraft der Ost- und Spannungspolitik schien erlahmt, der sog. "Radikalerlaß", parteiinterner Streit und Wahlrückschläge sorgten für Unruhe, die erste große Energiekrise warf ihre dunklen Schatten und die Wirtschaft geriet in eine Rezession.

Die am 25. April 1974 bekannt gewordene Guillaume-Affäre wurde zum Anlaß für den Rücktritt von Willy Brandt als Bundeskanzler. Aber sie war nur ein Grund neben anderen. Tief enttäuscht hat Brandt die "Feindschaft" des SED-Staates gegen ihn beklagt. Die Wunde saß tief, und über Jahre lag der innerdeutsche Acker bei ihm weitgehend brach. Erst mit dem SED-SPD-Papier und dem Honecker-Besuch in Bonn schien das Eis 1987 allmählich geschmolzen. Und auch andere Verletzungen und persönliche Enttäuschungen aus dieser Zeit haben ihn hart getroffen; sie saßen tief, und er hat sie nur schwer verwunden.

Doch dieses abrupte Ende der Kanzlerschaft hatte für das Brandt-Bild, wie es sich in großen Teilen der deutschen und internationalen Öffentlichkeit manifestierte, auch positive Aspekte. Im Gedächtnis haften blieb der Kanzler Brandt des Aufbruchs zu neuen Ufern, der Visionen und des großen Wurfs der Ost-, Entspannungs- und Friedenspolitik. Daß der durch den Friedensnobelpreis geadelte scheinbar über einen DDR-Spion stürzte und er so nicht in den Niederungen des

kehrten sich im Kern um. "Wir wollen ein Volk guter Nachbarn sein",⁵ hatte Brandt als Bundeskanzler postuliert. Ein demokratisches, freiheitliches, friedfertiges Deutschland, für ihn in den bitteren Jahren der NS-Diktatur eine ferne Vision, fand seinen Platz in Europa und der zivilisierten Welt. Für die europäischen Nachbarn im Osten bis hin zu Rußland wurde das sich einigende und dann geeinte Deutschland zu der Hoffnung und Brücke für ein auch diese Länder und Völker einschließendes europäisches Haus. Dies ist angesichts der jüngeren deutschen Geschichte eine durchaus positive Bilanz und ein eindrucksvolles Zeugnis für die Macht der Werte von Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung, wie sie ein Willy Brandt mit seiner visionären Kraft verkörperte.

11.

Anteilnahme, Moral und Menschlichkeit hat Willy Brandt, die Vaterfigur von Ausgleich, Frieden und Versöhnung, über Jahrzehnte für die Menschen jenseits von Mauer und Stacheldraht symbolisiert. Unter ihm als Kanzler wurde die Saat für den Wandel im östlichen Europa gelegt, deren Früchte dann andere ernten und in die Scheuer fahren konnten. Er war einer der großen Bewegter des vergangenen Jahrhunderts, der Zeichen setzte und den Menschen Hoffnung gab, daß Freiheit, Humanität und Gerechtigkeit möglich und machbar seien. Im Ringen mit den diktatorisch-totalitären Mächten des 20. Jahrhunderts bewies er Mut, Ausdauer und Kraft und setzte unbeirrt und beharrlich auf das Recht des Menschen zum freien, aufrechten Gang. Er war ein Humanist und demokratischer Sozialist, ein Politiker mit ungewöhnlichem Gespür für Strömungen der Zeit, ein Visionär und doch zugleich auch ein politischer Realist. Sein Traum von einem neuen sozialdemokratischen Zeitalter, das er mit dem Wandel im östlichen Europa heraufziehen sah, hat sich so nicht erfüllt. Ein Hauch von Tragik umgibt so auch diesen Mann, der mit seinem Charisma Menschen in seinen Bann zog und sich weltweit großes Ansehen erwarb. Wir in Deutschland, in Europa und der zivilisierten Welt haben ihm viel zu verdanken. Er war ein Vorbild und eine Leitfigur für den Glauben an Menschlichkeit, für Toleranz und Gerechtigkeit, für Glaubwürdigkeit in der Politik und den Willen, mit visionärer Kraft, langem Atem und Geschick für eine wahrhaft demokratische, freiheitlich-aufgeklärte Gesellschaft einzustehen.⁶

⁵ So zumeist zitiert; korrekt lautet es in der Regierungserklärung vom 28.10.1969: "... der guten Nachbarn ...". In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte. Bd. 71, S. 34.

⁶ Weiterführende Informationen zur Ost- und Deutschlandpolitik finden sich bei Heinrich Pott-hoff: Die "Koalition der Vernunft". Deutschlandpolitik in den 80er Jahren. München 1995, ders.: Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Bonn 1997, und ders.: Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961–1990. Berlin 1999.